



Antrag

der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD

Stärkung der politischen Bildung in der Schule

Der Landtag wolle beschließen:

Die Stärkung der politischen Bildung in der Schule ist der Garant für eine demokratische Gesellschaft.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, den Unterricht im Fach Wirtschaft/Politik in den Kontingenzstundentafeln der Sekundarstufe I an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit einem verpflichtenden Mindestkontingent von sechs Jahreswochenstunden auszustatten, so dass an allen weiterführenden Schulen im Land der Unterricht im Fach Wirtschaft/Politik verpflichtend stattfindet.

Darüber hinaus soll das Fach trotz der anstehenden Reform in der gymnasialen Oberstufe mindestens im bisherigen Umfang beibehalten werden.

Außerdem soll die Landesregierung sicherstellen, dass genügend Ausbildungskapazitäten für Lehramtsstudierende des Faches Wirtschaft/Politik an den Universitäten Kiel und Flensburg zu Verfügung stehen und das Fach Wirtschaft/Politik erneut zum Mangelfach bei der Einstellung in den Vorbereitungsdienst erklären.

Begründung:

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderung des Rechtspopulismus bedarf es einer Distanzierung von menschenverachtenden Haltungen in der Gesellschaft und einer positiven Auseinandersetzung mit Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit.

Schule hat die zentrale Aufgabe und Verantwortung, demokratische Werte zu vermitteln und Schülerinnen und Schüler die Teilhabe an einer sozialen und demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW

Martin Habersaat
und die Fraktion der SPD